



<http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Politik/309403/Auslaenderbehoerde-kuendigt-Veraenderungen-an.html>

Bremen - 24.01.2011

Ausländerbehörde kündigt Veränderungen an

Von Carolin Henkenberens

Bremen. Das Feuer der Diskussion um die Abschiebep Praxis der Bremer Ausländerbehörde lodert. Bei einer Podiumsdiskussion mit Betroffenen, Anwälten und Vertretern von Flüchtlingsinitiativen hat die seit Dezember amtierende kommissarische Stadtamtsleiterin Marita Wessel-Niepel Veränderungen angekündigt. "Abschiebung um jeden Preis?" fragten die veranstaltenden Flüchtlingsinitiativen in der Villa Ichon. Sie kritisieren "Anspruch und Wirklichkeit in der Bremer Ausländerbehörde".

Marita Wessel-Niepel sorgte unter den Diskutierenden und Zuschauern für Überraschung, als sie ankündigte, dass es das viel kritisierte "Team 5 in der Form in Zukunft nicht mehr geben" werde. Das Team 5 ist für Duldungen und Rückführungen zuständig. Sie führte aus, dass es "kein Problem der klaren Vorgaben, sondern der Umsetzung" in der Ausländerbehörde gebe. Zudem sagte sie, dass man in der Vergangenheit mehrfach habe feststellen müssen, dass die Vorgaben des Koalitionsvertrages "nicht eingehalten wurden". Aus diesem Grunde würden strukturelle und organisatorische Veränderungen folgen.

Das Team 5 der Ausländerbehörde hatte im vergangenen Jahr für Schlagzeilen gesorgt, nachdem Vorwürfe laut wurden, nach denen externe Ärzte für fragwürdige Gutachten engagiert worden sein sollen. Diese sollten die Reisefähigkeit von Ausländern feststellen um sie abzuschieben. Im Dezember leitete Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) deshalb ein Disziplinarverfahren gegen den Leiter des Stadtamts ein. "Die Ausländerbehörde hat einen sportlichen Ehrgeiz, Ausländer abzuschieben und zwar auch in dem Wissen, dass diese Leute krank sind und dass man sie nicht abschieben darf", kritisierte die Rechtsanwältin Christine Graebisch, die Rechtsberatung für Personen in Abschiebehaft anbietet. Die Forderung der Gastgeber war klar: die Abschiebep Praxis in Bremen sei nicht länger hinnehmbar.

"Die Verwaltung hat das auszuführen, was die Regierung anordnet. Wenn sie das nicht tut, haben wir ein echtes Problem", sagte Barbara Neander, Anwältin für Asylrecht. Sie betonte, dass die strukturellen Probleme von der neuen kommissarischen Leiterin des Stadtamts nun angegangen werden müssten.